

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 20/40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Bezugspreis  
30 Pf. Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b  
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Witfacher kostenlos

Berlin, 21. Mai 1926

## Pfingsten 1926.

Wieder nahez die Pfingstzeit, und welcher Städtebewohner denkt da nicht an die herrlich zu neuem frischen Leben erwaachte Natur da draußen in irgendeiner Landschaft. Wenn zieht es da nicht hinaus aus den dumpfen Wohnhöhlen der Großstädte, um in Wald und Feld zu streifen und die frische Luft zu atmen, die er sonst entbehren muß.

Freilich in diese Pfingstfreude mischt sich auch bei vielen der beklemmende Gedanke an die wirtschaftliche Misere, die auf unserem Dasein lastet. Darüber kann man seinen Menschen mit wohlfeilen Worten hinweghehlen und wenn sie auch so klug gewählt und schön klingend sind.

Und dennoch ist es notwendig, daß auch jene Tausende, die kurzzeitig vergebens auf lohnende Arbeit harren, den Mut nicht sinken lassen und sich auch die Freude an der Natur erhalten. Der denkende Mensch muß immer in Frage behalten, daß auch der jetzige Zustand nicht ewig währen kann und wird, denn alles was besteht ist dem Wechsel und der Veränderung unterworfen.

Wie dem Winter Frühling, Sommer und Herbst folgen, so ändern sich auch im Leben der Völker die Lebensmöglichkeiten, wenn auch nicht in solch gleichmäßigen Abständen.

Das Pfingstfest wird das Fest des Geistes genannt, weil die christliche Weltanschauung um Pfingsten die Erleuchtung der Jünger des Christus feiert, die ausjagen in die Welt, um der Menschheit Liebe zu predigen und die Welt zu bringen aus den Klauen ihrer Ausbeuter.

Die alten Heiden wiederum ehrten in ihrem befruchteten Wissen die gütigen Götter, die die Natur zu neuem Leben erwecken. Die Sonne, die Licht- und Wärmebringerin, die Blumen und Früchte heranzubringen aus der vor kurzem noch vom Eise starrenden Erde.

So hat sich im Laufe der Zeiten mit der wachsenden Naturerkenntnis und den Kräften, die in der Natur vorhanden sind, der Sinn der Menschen gewandelt. So feiert der moderne Mensch das Pfingstfest nicht im Sinne jener heidnischen oder christlichen Mythen, sondern im Sinne der modernen Erkenntnis der wunderbaren Kräfte, die in der Natur wirken.

In der Natur selbst fühlen wir den lebendigen Geist, der ausgegossen ist über alles, was da lebt und weht. Was in das Auge blickt, überall neues frisches Leben, überall neues Sprichlein, herrliche Blütenpracht, jubelndes Singen und Trillern der buntesten Sänger in Wald und Flur. Heiliger Geist, lebenspendender Dorn, treibende Kraft, zugehende Lebensbejahung erfüllt rings die Natur und führt hinauf zu immer höheren Entwicklungs- und Daseinsformen.

Und da sollten wir verzagen, weil uns kurzzeitig eine Welle der Not heimsucht? Nein, so schnell dürfen wir nicht den Mut verlieren, denn auch in uns wirken jene geheimnisvollen Kräfte, die zum Lichte drängen, die Kräfte des Lebens, des Bewusstseins und der Lebensbejahung. Und gerade zu Pfingsten mühen wir alles aufstreifen, was uns sonst niederzuliegen droht, härter als jemals muß es in uns klingen: Leben, Leben auf jeden Fall! In unser Streben und Sehnen erschöpft sich aber das Ende nicht in egoistischen, selbstfüchtigen Wünschen nach vergänglichem Genuß und Gütern auf Kosten anderer Menschen.

Wir wollen, daß es allen Erdenkindern wohlgeht, daß alle ein auskömmliches Dasein führen können. Ein Dasein, in dem die Arbeit Freude macht, in dem die Freiheit in Glück und schöner Harmonie verbracht werden kann.

Wir Menschen sind ja nur ein Teil der Natur selbst, aus uns selbst liegt es, die harmonische Eingliederung zu vollziehen. Dazu ist allerdings noch manche Voraussetzung zu erfüllen. Die Bildung der kommenden Geschlechter muß diese Ziele zur Grundlage haben, deshalb müssen die kommenden Widerstände der herrschenden Klassen beseitigt werden. Es gilt, die Volksmassen zu schulen und weilen zu machen für das schöne harmonische Zukunftsdasein.

Zunächst müssen wir unsere gewerkschaftlichen Organisationen hochhalten und weiter ausbauen, denn davon hängt unser Einfluß ab, den wir geltend machen können auf die Gestaltung der Verhältnisse. Deshalb drängt sich auch am Pfingstfest der Gewerkschaftsgedanke tiefer in das Bewußtsein des Menschen, der in der Pfingstfreude auch über die Zusammenhänge nachdenkt, die unser Dasein bestimmen.

## Mitarbeit.

Wie oft ist nicht zur Mitarbeit in Wort und Schrift aufgefordert worden! Und alle, die schon jemals in Agitation und Organisation etwas geleistet haben, wenn es auch noch so geringfügig war, leben es ein, daß ohne Mitarbeit kein Fortwärtkommen möglich ist.

Wie es im allgemeinen ohne Mitarbeit nicht vorwärts geht, so ist auch ohne Mitarbeit am Verbandsorgan eine

gute Ausgestaltung des Inhalts nicht möglich. Diese Mitarbeit ist in den letzten Jahren sehr vernachlässigt worden, was außerordentlich zu beklagen ist.

Wir jammern immer, daß in unseren Organisationen kein geeigneter Nachwuchs vorhanden ist, wenigstens bemerkt man nicht sehr viel von einem solchen. Würde auf den einzelnen Orten von unseren Funktionären mehr Umschau nach Mitarbeitern gehalten, dann würde man auch dem Problem, einen Nachwuchs heranzubilden, gleichzeitig mit bekommen. Die Dinge liegen doch so: Jeder gut veranlagte Mensch, den man für irgendeine Sache gewinnen kann, die ausgeführt werden muß, wird angehalten, darüber nachzudenken, schließlich auch mit anderen darüber zu sprechen und Gebanenaustausch zu pflegen. Dadurch gewinnt er einen tieferen Einblick in eine Sache, er lernt sie kritisch betrachten und das Wertvolle sich zu eigen zu machen. Vom mündlichen Gebanenaustausch gelangt dann auch mancher leicht dazu, die durch Beobachtung und Erfahrung gewonnenen Kenntnisse schriftlich festzuhalten.

Diese Mitarbeit bildet und fördert somit auch zugleich den, der sie ausübt, denn er erweitert seine Kenntnisse und stärkt seine Fähigkeiten durch solche Mitarbeit. Jeder, der einen Funktionärposten, ob Vorsitzender, Kassierer oder Schriftführer, schon einmal längere Zeit ausgeübt hat, wird zugeben, daß diese Tätigkeit im Interesse seiner Mitmenschen auch ihm persönlich, für seine geistige Weiterbildung von Nutzen war. Jeder Funktionär, der seinen Posten richtig auszufüllen bestrebt ist, muß sich bald mit dieser oder jener Frage intensiver beschäftigen, wenn er den Dingen nicht unmissend gegenübersteht will. Sein Wissensgebiet erweitert sich dadurch und der Geist findet Nahrung und Anregung, kurz er wächst geistig über das Alltägliche und Berufliche hinaus.

Der Praktiker lernt auch die Theorie kennen und anzuwenden. Der Dichter sagt: „Gru, teurer Freund, ist alle Theorie, und grün allein des Lebens goldner Baum.“ Das bedeutet, die Praxis des Lebens ist am Ende das Entscheidende, auf das es ankommt. Deshalb ist es aber doch erforderlich, daß die Männer der Praxis sich auch theoretisch bilden und schulen. Die Theorie ebnet der praktischen Verwirklichung irgendeines Problems die Wege. Das dauert oft geraume Zeit, bis sich ein solches Problem, das in der Theorie schon fix und fertig besteht, in der Praxis verwirklicht ist, bis es in vollendeter Gestalt erscheint, wie derselbe Dichter sagt. Der Sinn ist also der: Ende kommen alle guten Gedanken und Vorschläge aus der Praxis. Um sie aber zu verwirklichen, muß gehört eben Propaganda, denn die besten Vorschläge müssen erst Verständnis finden, und dieses Verständnis muß durch die Theorie geweckt werden.

Männer der Praxis können nun zweifellos am meisten dazu beitragen, daß gute Gedanken und Vorschläge schneller verwirklicht werden können. Denn man wird ihren Ausführungen einen anderen, höheren Wert beimessen als jenen der Nur-Theoretiker. Es ist daher außerordentlich wünschenswert und notwendig, daß auch im Verbandsorgan Männer der Praxis öfter als bisher zu Wort kommen und damit unsere Sache fördern helfen.

Unsere Sache zu fördern, darum handelt es sich! — Es ist vorgenommen, daß eingehende Beiträge und Arbeiten nicht aufgenommen werden oder nicht aufgenommen werden konnten. Der Redakteur hat die Pflicht, die eingehenden Artikel auf Inhalt und Tendenz zu prüfen. Schließlich ist doch das Verbandsorgan dazu da, Verbandsinteressen zu fördern, nicht aber dazu beizutragen, sie zu schädigen.

Das Verbandsorgan muß natürlich auch bei aller Rücksichtnahme auf Mitarbeiter bedacht sein, ein gewisses Niveau unter allen Umständen zu wahren. Das Verbandsorgan erscheint öffentlich, unterliegt somit auch der öffentlichen Kritik. Es wird von vielen Nichtmitgliedern gelesen, auch von Unternehmern, öffentlichen Institutionen, Vereinen usw. Kurz, das Blatt muß so beschaffen sein, daß unsere Grundgedanken und Ziele klar zum Ausdruck kommen. Jede Mitarbeit muß dies berücksichtigen, immer muß ihr Bestreben sein, dem Verband zu nützen, das Vertrauen der Mitglieder in die Kraft des Verbandes zu festigen, ebenso in die allgemeine Gewerkschaftsbewegung. Die Mitarbeit soll ferner darauf gerichtet sein, die Ausführungs- und Bildungsarbeit, die Disziplin in der Arbeiterschaft zu fördern. Jede solche Mitarbeit ist uns willkommen.

Wir sind bisher in jeder Weise loyal verfahren und werden es auch ferner so halten. Verbandsgefährdende Mitarbeit muß aber ferngehalten werden, das ist so selbstverständlich, daß darüber keine Meinungsverschiedenheit bestehen wird.

Freilich über die Frage, was verbandschädigend ist, darüber scheinen recht verwirrte Begriffe bei verschiedenen Kollegen zu herrschen. Es gibt solche, denen steht die politische Partei über dem Verband. Sie besorgen ausschließlich die Belangen, die sie dort erhalten, ohne sich Strapsal zu machen, ob dadurch der Verband geschädigt wird oder nicht. Solche Mitarbeit kann uns nichts nützen. Wir brauchen

Mitarbeit, die geboren ist aus dem inneren Drange heraus, nach Kräften unsere gemeinsamen Interessen zu fördern. Bei allem Verständnis für unsere Endziele und bei allem Weitblick für die großen wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart und ihrer möglichen Lösung für die Zukunft müssen wir jedoch unsere ganze Kraft konzentrieren auf das Nächstliegende. Und was ist das Nächstliegende? Der Kampf zur Erhaltung unserer Lebenskraft. Anständige Wohnung, Nahrung, Kleidung für Geist und Körper. Zeit zur Erholung von des Tages Arbeit und Mühe zur Weiterbildung. Das ist das Nächstliegende, was erreicht werden muß.

Unsere Mitarbeiter, die wir brauchen, sollen das alles verstehen und es bei den Berufstätigen in den Betrieben begreiflich machen. Das ist durchaus nicht so schwierig, wie es manchem scheinen mag. Dazu gehört nur ein wenig gesunder Menschenverstand, ein paar gute Ohren und etwas Beobachtungsgabe für alles, was uns her vorgeht. Jeder Kollege, der sich bemüht, seine Umgebung im Betrieb und im Verkehr mit anderen Menschen zu studieren, kann daraus Schlüsse ziehen, die geeignet sind, unsere Sache zu fördern.

Man muß dabei immer im Auge behalten, daß unser Kampf sich nicht richten darf gegen die eigenen Klassen-genossen, sondern gegen die Ausbeuter und Knecht der privatkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Der Mensch ist im allgemeinen ein Produkt der Verhältnisse, in welchen er zu leben gezwungen ist. Seine Einstellung zu den brennenden Fragen der Zeit ist daher mehr oder weniger einseitig beeinflusst, ja vielleicht direkt irreführend. Das muß berücksichtigt werden, man muß versuchen, in lattvoll-fluger Weise das Verständnis für die Tatsachen, unter welchen wir leben, zu wecken und zu schärfen. Die Wachtmittel, die wir zu ihrer Klärung anwenden können, müssen, ohne falsche Illusionen zu nähren, abgewogen werden, denn nur so lassen sich die Zustände zu umändern, daß sie bleibenden Wert erlangen.

Unsere Aufmerksamkeit muß sich zunächst richten auf alles, was das Leben unserer Berufsgenossen entscheidend beeinflusst. Das sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Arbeitsräume und ihre hygienische Beschaffenheit, Wohlgelegenheit, Kost, Garderobe usw. Die Arbeitsmethoden und die ganze Art der Produktion und des Absatzes der Erzeugnisse des Betriebes.

Wenn man eine bessere Wirtschaftsordnung schaffen will, muß man alle Fehlerquellen der alten, die beseitigt werden soll, genau kennen, um sie zu vermeiden.

Diese Hinweise zeigen dem Kollegen schon, der gemüht ist, ernstlich mitzuarbeiten an den großen Werken der Befreiung der Menschheit aus den Krallen der Ausbeuter, daß es gilt, schwere, ernsthafte Arbeit zu verrichten. Mollen wir das Ziel bald erreichen, dann bedarf es der Mitarbeit aller mit Herz, Kopf, Hand und Mund. Helft mit, das Ziel zu erreichen.

## Flaggenverordnung und Sturz der Regierung.

### Unsturz-Programm.

Die Flaggenfrage hat zu heftigen Auseinandersetzungen im Reichstage geführt, die zur Folge hatten, daß die gesamte Regierung demissionierte. Der Reichspräsident nahm dies an und hat dann den Reichswehrminister Geßler erucht, ein neues Kabinett zu bilden.

Gleichzeitig ist am 12. Mai bekannt geworden, welche Vorbereitungen bereits im Gange sind, die Republik zu stützen und vorerst eine Diktatur zu errichten, um die Wiederherstellung der Monarchie vorzubereiten.

Daß solche Vorbereitungen ständig im Gange sind und auch nicht sobald eingestellt werden dürften, ist jedermann klar, der die Einstellung unseres Bürgertums und der abligen Kreise kennt.

Offenbar war es darauf abgesehen, den Volksentwurf über die Fürstentumsgewinnung unumgänglich zu machen. Man hatte wohl mit der Auflösung des Reichstages gerechnet und beabsichtigte, die daraus entstehende Situation zu benutzen, um den sorgsam vorbereiteten Schlag zu führen. Die Gerüchte, daß ein Putsch vorbereitet werde, waren schon seit Wochen im Umlauf. Offenbar hat die Regierung alles getan, um die Führer in Sicherheit zu wiegen. Denn anders kann man ihr Verhalten kaum deuten. Bei den verschiedenen sogenannten vaterländischen Verbänden herrschte eine fieberhafte Tätigkeit. Zahlreiche Tag- und Nachtlagerungen fanden statt, ebenso Schießübungen. Die Schützen-, Turn- und Sportvereine dieser Kreise sind in Wahrheit nur verkappte Unstürzer der Republik.

Nun ist bei einem der Hauptführer der deutschen Freischützen, dem Major a. D. v. Quast, ein richtiger Aufmarschplan zur Besetzung Berlins vorgefunden worden, der zu seiner Verhaftung geführt hatte. (Quast ist Führer des Sportvereins Olympia.) Jawohl, geführt hatte, denn

er ist sehr bald wieder freigelassen worden. Mit Umfängern von links wäre man sicher etwas anders verfahren, doch das ist nun mal so in unserer Republik.

Die Ausschüsse sind auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik aufgelöst worden, und ihr Vermögen wird zugunsten des Reiches beschlagnahmt.

Das Ungehörliche aber stellt das Ausschussprogramm dar, welches bei einem Ausschussführer aufgefunden wurde und durch die Tageszeitungen im Wortlaut bekannt geworden ist. Der Inhalt ist kurz folgender:

Die Verfassung vom 11. August 1919 wird aufgehoben, ebenso alle von Bürgern oder kommunalen Verbänden erlassenen, die nach dem 9. November 1918 geschaffen wurden.

Die gesamte Staatsgewalt geht über auf einen Reichsverweser, alle parlamentarischen Körperorgane im Reich und in den Ländern sind ausnahmslos aufgelöst.

Alle Beamten, die der Republik ihre Anstellung verdanken, sind abgesetzt, jeder Rechtsanspruch aufgehoben. Nichtbelegung wird mit dem Tode bestraft. Allein der Reichsverweser und seine Beauftragten ernennen Beamte, die zu gehorchen haben, sonst Todesstrafe.

Dann kommt öffentliche Arbeitsdienstpflicht ohne Unterschied des Geschlechts vom 16. bis 30. Lebensjahre, ebenso Hilfsdienstpflicht vom 18. bis 45. Lebensjahre für Personen männlichen Geschlechts. Belagerungszustand für das ganze Reich, und für Bayern Kriegszustand.

Errichtung von Standgerichten mit dem Recht, innerhalb 24 Stunden Urteile zu fällen, und zwar nur auf Todesstrafe oder Freisprechung. Die Freisprechung wird aufgehoben, oppositionelle Zeitungen und ihre Druckerente werden beschlagnahmt. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird aufgehoben. Die politischen Parteien und vor allem die Gewerkschaften sind aufgelöst, ihre Vermögen beschlagnahmt. Auf Streik und Aufkündigung zum Streik folgt Todesstrafe. Das Vermögen der Juden verfällt ebenfalls der Beschlagnahme. Jeder Widerstand wird mit dem Tode bestraft.

Dieser kurze Auszug aus dem Umsturzprogramm der Faschisten läßt erkennen, was man zu erwarten hat, wenn diesen Leuten die Macht in die Hände fallen würde. In einem Meer von Blut würden sie ihr Mütchen kühlen. Kein Arbeiter und kein Republikaner und noch weniger ein Jude wäre seines Lebens noch sicher. Und das alles wird anscheinend von beherrschender Seite als nicht ausweichend erachtet, die Anführer in Gewährung zu nehmen.

**Abbruch des Generalstreiks in England.**

Der Generalstreik ist am 12. Mai offiziell als beendet erklärt worden. Offenbar gab es keine andere Möglichkeit, zu Verhandlungen mit Unternehmern und Regierung zu gelangen. Der Beauftragte der Kohlenkommission, J. Samuel, hat dem Gewerkschaftsvertreter eine Denkschrift zugestellt, in welcher ausgelegt wird, daß die Subventionen vorläufig weiter gezahlt werden, bis Verhandlungen zur Verständigung führen. Es soll ein Lohnamt geschaffen werden mit neutralen Bestirnen und unabhängigen Vorsitzenden usw.

Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat eine Beschlusse an die Gewerkschaften gerichtet, in welcher die Beendigung des Generalstreiks begründet wird. Ebenso hat der König eine Botschaft an die Nation gerichtet, in welcher die Freude zum Ausdruck kommt, daß der Konflikt beendet sei, der äußerste Sorge bedurfte. Man solle sofort an die Arbeit gehen, um einen dauerhaften Frieden zustande zu bringen.

Die Bergarbeiter scheinen indes all diesen Zusagen nicht allzu großen Glauben beizumessen, denn die Regierung scheint sich nicht an die Sammelischen Zusagen zu binden und nimmt eine reservierte Haltung ein. Die Bergarbeiter haben das Memorandum Samuels verworfen, die Aussperrung besteht daher fort, und die Bergarbeiter wollen anscheinend den Kampf allein weiter führen. Inzwischen wurde aber bekannt, daß weder die Eisenbahn-, Transportarbeiter, noch die Hafnarbeiter die Arbeit aufgenommen haben, weil die Unternehmern versprochen haben, die Arbeiter nur zu schlechteren Lohnbedingungen wieder einzustellen, um so Vorteil aus der Situation herauszuschlagen. Besonders die Eisenbahnverwaltungen behalten sich alle Rechte vor und wollen von den Streikenden die Erklärung erpressen, sie hätten den Arbeitsvertrag gebrochen.

Am Unterbau hat Baldwin am 13. Mai im Namen der Regierung ziemlich nachsichtige Erklärungen abgegeben. Die Regierung habe nicht die Befugnis zu einem oder Befehlen gegenüber den Arbeitgebern, doch werde sie ihren ganzen Einfluss geltend machen, um zu verhindern, daß die Arbeitszeit verlängert und die Löhne herabgesetzt werden. Demgegenüber schilderte Thomas, daß die Regierung ihre Versprechen nicht hält. Die Demoralisierung durch Streikende nicht wieder ein, 100.000 seien heute mehr arbeitslos als gestern.

Aus all dem ergibt sich mit Klarheit das eine, der Generalstreik ist in Wahrheit keineswegs beendet. Der Generalrat des Gewerkschaftskongresses hat inzwischen Ermahnung gegeben, die Arbeit nur dort aufzunehmen, wo dies geschehen kann, ohne daß Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erfolgen.

Es kann somit leicht gesehen, daß der Kampf in England, der sich dort mit dem Unternehmertum abspielt, noch weitere Komplikationen nach sich zieht.

**Gemeinsame Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale am 11. Mai in Amsterdam.**

(A.B.) Am 11. Mai fand im Gebäude des IGB in Amsterdam eine gemeinschaftliche Sitzung der Vorstände des IGB und der S.A.I. statt.

Anwesend waren: für den IGB, Léon Jouhaux, G. Martens, Th. Geipart und die Sekretäre Dubesset, Goussard und Brown. Für die S.A.I.: Otto Weiss (Deutschland), Otto Bauer (Österreich), Corard (Frank-

reich), Abramowitsch (Rußland), B. H. Wiegen (Holland) und der Sekretär Friedrich Adler.

In mehrstündiger Verhandlung wurde die Lage in England und deren Rückwirkungen auf den Kontinent einer eingehenden Unterredung unterzogen. Im Sinne des Telegramms des Sekretariats der S.A.I. wurde einmütig festgestellt, daß der gesamte Kampf der englischen Arbeiter als gewerkschaftliche Aktion geführt wird, und daß sich daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder den Unterstützungsmaßnahmen der Landeszentralen des IGB anschließen und sie nach besten Kräften unterstützen werden.

Besonderes Augenmerk soll der besseren Ausgestaltung des Informationsdienstes über die Entwicklung in England zugewendet werden.

An die gemeinsame Sitzung des IGB und der S.A.I. waren auch einige der führenden Moskauer Einheitsfrontdeputierten gelangt. Die Konferenz betrachtete den gegenwärtigen Augenblick für gänzlich ungeeignet zu Diskussionen mit den Kommunisten. Sie erwartet, daß die Arbeiter aller Länder ohne Unterschied der Parteizugehörigkeiten alles tun werden, um den kämpfenden Arbeitern zu helfen und dabei der einheitslichen Führung, die nur in den Händen des IGB liegen kann, strenge Disziplin halten werden. Die Konferenz ging daher über die Moskauer Telegramme zur Tagesordnung über.

Der große Kampf der englischen Arbeiter hat zur Folge gehabt, daß der für den 16. Mai in London anberaumte Weltwanderungskongreß nicht programmgemäß abgehalten werden kann. Nach ausführlicher Besprechung der Sachlage wurde beschlossen, diesen Kongreß nunmehr für den 22. Juni 1926 in Aussicht zu nehmen und den Sekretariaten des IGB und der S.A.I. die Vollmacht in bezug auf alle weiteren mit diesem Kongreß zusammenhängenden praktischen Entscheidungen zu erteilen.

Im Anschluß an die gemeinsame Beratung trat das Bureau der S.A.I. am Nachmittage im Gebäude des IGB zu einer eigenen Beratung zusammen.

**Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.**

Die Berichte über die Lage in der Wirtschaft lauten ziemlich optimistisch, man behauptet, die Krise habe ihren Höhepunkt überschritten. Ihre Besserung werde jedoch durch ausländische Einflüsse aufgehalten. Zunächst durch die Inflation in Frankreich und Belgien und durch die englischen Verhältnisse. Auch die deutschen Konzentrations- und Nationalisierungsbestrebungen tragen hierzu bei. Nebenfalls hat das äußere Bild unserer Wirtschaftslage gegenwärtig an Klarheit nicht gewonnen. In Unternehmertum scheint man jedoch bestimmt damit zu rechnen, daß Ende Juni die Depression überwunden sein wird. Ob sich diese Annahme darauf stützt, daß die Bautätigkeit bis dahin in größerem Umfang aufgenommen sein wird, oder ob bis dahin der Industrie größere Absatzgebiete erschlossen sein werden und der Jnsatz für Beschäftigt herabgesetzt ist, läßt sich nicht mit Sicherheit erkennen. Wir wollen nur hoffen, daß sich dies bewahrheitet.

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 18 vom 9. Mai wird nun ausgeführt, daß man unterscheiden müsse zwischen Wirtschaftslage und Arbeitsmarktlage. Eine Besserung der Wirtschaftslage brauche nicht auch zugleich eine Besserung der Arbeitsmarktlage nach sich zu ziehen. (Die Arbeitslosenfiguren haben sich bekanntlich wieder verschlechtert, nachdem im März eine leichte Besserung eingetreten war.) Die rationale Betriebsführung könne sehr wohl dazu führen, daß bei einer Besserung der Wirtschaftslage die Arbeitslosenfiguren doch nicht merklich sinken. Auf solche Argumente darf man nach unserer Auffassung nicht allzuviel geben, denn so schnell läßt sich eine rationale Betriebsführung kaum allgemein durchführen. Nebenfalls ist im Bergbau die Förderung ganz wesentlich zurückgegangen, zugleich wurde aber auch die Zahl der Fördertriebe erhöht und einige Zechen stillgelegt. Ebenso schwierig ist die Lage im Stahl- und Erdbergbau geblieben.

In der Metallindustrie ist nur in der Großindustrie eine leichte Besserung eingetreten, die Lage der Kleinmetallindustrie hingegen ist schlecht geblieben. Eine leichte Besserung wird gemeinhin im Maschinenbau, im Kautschuk-, Wagon- und Schiffbau, ebenso aus der Automobil- und Fahrradindustrie.

An der chemischen Industrie sind die Gesamtverhältnisse unbefriedigend. Schlecht war die Lage der Farbstoff-, Kapsel-, und Apothekerindustrie, etwas besser für pharmazeutische resp. Kapselindustrie. In der Textilindustrie war die Lage unverändert schlecht, ebenso in der Leder- und Schuhindustrie. Im Tapezierergewerbe trat eine leichte Besserung ein, doch ist der Beschäftigung noch sehr klein. Die Nahrungs- und Genussmittelindustrien leiden unter der geschwächten Kaufkraft breiter Volksschichten.

Auf dem Baumarkt ist eine geringe Belebung eingetreten, die hauptsächlich auf Anagnahme von mit allgemeinen Mitteln ausgeführten öffentlichen Bauten beruht. Die Zahl der arbeitenden Bauarbeiter wurde noch immer mit 180.000 besetzt gegen 44.000 im Vorjahre. Eine Besserung machte sich im Untergewerbe bemerkbar, ebenso bei den Steinlegern.

Die Diebstehle tranken an Abwismangel, denn noch immer fehlt die private Bautätigkeit. Im Holzgewerbe ist auch keine wesentliche Besserung eingetreten, schlecht ist die Lage der Glas- und Porzellanindustrie, ebenso die Lage der papierzeugenden und papierverarbeitenden Industrien.

Raulf Wehr vom 15. April 1926 ist innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes durch die Reichsregierung ein Ausschuss einzuberufen, welcher die Aufgabe hat, die Erzeugung und Abgabebedingungen der deutschen Wirtschaft zu untersuchen. Dieser Ausschuss soll aus 20 bis 35 Mitgliedern bestehen. 11 schlägt der Reichstag vor, 9 der Vorsitzliche Reichswirtschaftsrat, 2 Mitglieder ernannt die Reichsregierung nach freiem Ermessen. Der so gebildete Ausschuss hat das Recht, sich durch weitere 4 Mitglieder zu ergänzen, die auf seinen Vorschlag durch die Reichsregierung berufen werden. Der Ausschuss kann Unterausschüsse bilden mit dem Auftrag, einzelne Fragen zu untersuchen. Er ist berechtigt, von jedermann mündliche oder schriftliche Gutachten, Custodien über soziale und wirtschaftliche Verhältnisse zu fordern. Er kann Beschli-

ungen vornehmen und Unterlagen verlangen. Die beauftragten Mitglieder des Ausschusses können auch öffentliche Vernehmungen vornehmen. Die Vorschriften der Prüfungsordnung § 577, 2. u. 3. Absatz, § 584 Nr. 3 finden entsprechende Geltung. Wer wissenschaftlich unrichtige Angaben macht oder bewußt erhebliche Unrichtigkeiten verschweigt, wird, sofern nach anderen Vorschriften nicht eine höhere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Wer eine dieser Handlungen jahrelang begeht, wird mit Geldstrafe bestraft.

Die Brauftragungen des Ausschusses sind auch beauftragt bei den Reichs- und Landesbehörden alle zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte einzuholen. Dabei ist das Steuergeheimnis zu wahren.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen dem Reichstag, dem Vorsitzlichen Wirtschaftsrat und dem Reichsrat vorgelegt werden, ebenso ein Gutachten über diese Ergebnisse selbst. Wenn ein einheitliches Gutachten des Ausschusses nicht zustande kommt, soll jedes Mitglied das Recht haben, seine begründete Meinung ebenfalls vorzutragen. Die übrigen Bestimmungen haben weniger Allgemeininteresse und beziehen sich auf die Organisation des Ausschusses und seine Tätigkeit. Da dieser Untersuchungsausschuss schon Mitte Mai gebildet werden muß, wird er schon bald seine Tätigkeit beginnen können. Auf die Zeit der Tätigkeit und die Resultate der Arbeiten, die dieser Ausschuss vornimmt, um Erzeugungs- und Abgabebedingungen der deutschen Wirtschaft zu ergründen, darf man wohl neugierig sein.

**Einheit.**

Ein Schatz der roten Gewerkschaftsinternationale. (A.B.) § 17 der kommunistischen „Leitfäden für die Einheitsfront“ lautet: „Während die Kommunisten sich den Prinzipien der Aktion fügen, sollen sie dabei unbedingt das Recht und die Möglichkeit bewahren, nicht nur vor und nach der Aktion, sondern, wenn nötig auch während der Aktion ihre Meinung über die Politik aller Organisationen der Arbeiterklasse ohne Ausnahme zu äußern. Ein Aufgeben dieser Bedingung ist unter keinen Umständen zulässig.“

Während die Kommunisten in ihren eigenen Parteien jeden — auch den verdienstvollsten — Führer sofort fallen stellen, sobald er sich irgendwelche kritischen Kommentare über eine eingeleitete oder unmittelbar bevorstehende Aktion leisten, bemühen sie, wenn es um die Einheitsfront geht, obigem Leitfaden zufolge, jede Gelegenheit, um wie es an einer anderen Stelle heißt, in die Reihen der freien Arbeiterorganisationen „Verwirrung“ zu tragen.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die englische Arbeiterbewegung trotz der bis in alle Einzelheiten vorbereiteten einheitlichen Stellungnahme der britischen Gewerkschaften im Bergbaukonflikt sich an den IGB wandte und die „rote Gewerkschafts-Internationale“ (R.G.I.) an den Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes einen Brief richtete, in dem „alle erdenkliche Hilfe“ der R.G.I. angebotenen Bergarbeiter versprochen wird. All diese schönen Worte verpflichten natürlich zu gar nichts und sind eines der vielen, von der kommunistischen Taktik vorgeschriebenen „agitatorischen Manöver“, um an die Massen heranzukommen“. Denn daß die der R.G.I. angebotenen Bergarbeiter in einem Konflikt vom Ausmaß eines Streiks der englischen Bergarbeiter und aus eines Generalstreikes praktisch nichts tun können, und daß man von ihnen auch nichts erwarten kann und werden, ist selbstverständlich, wie andererseits auch mit vielen anderen Streik unterliegt werden kann.

Das ist aber auch gar nicht der Zweck der Werbung, sondern die R.G.I. steht bei der ganzen Angelegenheit lediglich eine gute Gelegenheit, um getreu dem obengenannten Leitfaden einen internationalen Gewerkschaftskongreß zu veranstalten, während der Aktion ihre Meinungen über die Politik aller Organisationen der Arbeiterklasse ohne Ausnahme zu äußern“. Deshalb ergreift sie „die Initiative zur Veranstaltung einer internationalen Beratung aller gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, die den englischen Bergarbeitern Hilfe erwirken wollen, um die Unterdrückung der Bergarbeiter Englands zu koordinieren, international zu regeln“. — Wenn man diesen Vorschlag in Betracht zieht und gleichzeitig bedenkt, daß schon in einigen Tagen die großen Entscheidungen fallen können, so kommt er nicht nur spät, sondern ist — wähle man nicht den wahren Zweck — einfach lächerlich und zeugt von einem verhängnisvollen Mangel an Wirtschaftssinn.

**Die Arbeitslosigkeit im Verband der Sattler-, Tapezierer und Portefeuller Ende April 1926.**

Vom 193 Verwaltungenstellen haben 141 berichtigt. Diese hatten zusammen 29.552 Mitglieder, davon 5610 weibliche. Nicht berichtigt haben 82 Verwaltungenstellen mit 1251 Mitgliedern, davon 172 weiblichen, von der Gesamtmitgliedschaft von 30783.

Am letzten Tage waren arbeitslos 9460 Mitglieder, davon 1656 weibliche = 32 Proz. gegenüber 33,2 Proz. im März, eine leichte Besserung um 1,2 Proz. Verändert

	männl.	weibl.	ges.
1-8 Stunden	665	160	825
9-16	984	155	1139
17-24	8642	943	9585
25 Stunden und mehr	845	416	1261
	6136	1668	7804

Das sind 26,4 Proz. gegen 29,6 Proz. im März, eine kleine Besserung von 3,2 Proz.

An Offenbach war die Arbeitsmarktlage folgender:

Stellungsluchende am	6. 4.	16. 4.	23. 4.	30. 4.
Sattler	830	774	824	804
Portefeuller	2329	2466	2656	2671
	3159	3240	3480	3475

Das Gesamtbild zeigt somit keine nennenswerte Besserung des Arbeitsmarktes.

### Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

**USA:** In den ersten Monaten dieses Jahres weisen die Arbeitslosenziffern in fast allen Ländern einen gewissen Rückgang auf. Dieser Rückgang kommt hauptsächlich auf Rechnung der Saisonberufe, die beim Jahreswechsel immer eine besonders hohe Arbeitslosenzahl aufweisen, die dann mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit abnimmt. In der eigentlichen Industrie hat die Arbeitslosigkeit dagegen abgenommen. Wenn demnach auch im allgemeinen eine leichte Besserung wahrzunehmen ist, muß leider trotzdem angenommen werden, daß die Arbeiter noch lange unter den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden haben werden. Nach den uns vorliegenden Angaben geben wir nachstehende Übersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern:

**Australien:** Am vierten Quartal 1925 betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder 5,1 gegen 7,9 im dritten Vierteljahr des Vorjahres.

**Belgien:** Nach den Berichten von 139 Arbeitslosenstellen mit insgesamt 593 244 Mitgliedern waren am 27. Februar 8616 oder 1,45 Proz. der Mitglieder gänzlich und 18 209 oder 3,10 Proz. teilweise arbeitslos. Die entsprechenden Prozentätze waren im Vormonat 2,70 und 5,30, im Februar 1925 1,70 und 4,60.

**Dänemark:** Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende März 25,2, gegen 28,3 im Vormonat und 14,7 im März 1925. Ende April wurden im ganzen Lande 52 167 Arbeitslose gezählt, gegen 64 378 Anfang April und 55 900 Ende April 1925. Die Folgen der Deflationstriebe machen sich demnach noch immer stark bemerkbar.

**Deutschland:** In der Zeit vom 1. bis 15. April ist die Zahl der im Deutschen Reich unterfügten Erwerbslosen von 1 942 500 auf 1 884 000 zurückgegangen. Von dem von der Zählung erfassten Gewerkschaftsmitgliedern waren Ende Februar 22 Proz. arbeitslos und 21,6 Proz. Parteiarbeiter. Die entsprechenden Sätze waren Ende Januar 22,6 und 22,6, Ende Februar 1925 4,2 und 5,3.

**Frankreich:** Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende März 10 146 gegen 11 320 Ende Februar und 13 838 Ende März 1925.

**Großbritannien:** Von den 980 127 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichten, waren Ende März 99 271 oder 10 Proz. arbeitslos, gegen 10,4 Proz. im Vormonat und 9 Proz. Ende März 1925. Von den ungefähr 1 892 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende März 9,8 Proz. arbeitslos, gegen 10,5 Proz. Ende Februar und 11,1 Proz. Ende März 1925. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende März 1 070 000, gegen 1 169 000 Ende Februar und 1 249 000 Ende März 1925. Während sich demnach die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder gegen Ende März 1925 um 1 Proz. erhöhte, hat sich die Zahl der arbeitslosen Versicherten im selben Zeitraum um 1,1 Proz. verringert, was wohl auf die Arbeitslosenspolitik der Regierung zurückzuführen sein kann. Ende April wurden nur noch 990 600 Arbeitslose gezählt.

**Holland:** Bei den Arbeitsnachweisen der Gewerkschaften mit über 5000 Einwohnern waren am 10. April 27 180 gelernte und 28 000 ungelernete männliche Arbeitslose eingetragen. Hier von kann jedoch ein Teil nicht als gänzlich arbeitslos bezeichnet werden. Die entsprechenden Zahlen waren am 13. Februar 41 100 und 39 000, Anfang April 1925 30 840 und 31 890. Nach den Angaben von 110 Arbeitslosenstellen mit 278 675 Mitgliedern waren in der Woche 23. bis 27. März 15 062 oder 5,6 Proz. gänzlich und 5 541 teilweise arbeitslos. In den drei vorhergehenden Wochen betrug der Prozentsatz der gänzlich arbeitslosen Mitglieder 9,1, 7,4 und 6,4, Ende März 1925 5,7 Proz.

**Italien:** Die Zahl der eingetragenen gänzlich arbeitslosen betrug Ende Januar 156 139 gegen 122 200 Ende Dezember und 156 382 Ende Januar 1925. An denselben Zeitpunkten betrug die Zahl der teilweise arbeitslosen 2284, 8870 und 10 067, die Zahl der auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes unterstützten Arbeitslosen 34 221, 19 854 und 22 432.

**Kanada:** Nach den Angaben der Gewerkschaften waren Ende Februar 8,1 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 8,1 Proz. im Vormonat und 9,5 Proz. Ende Februar 1925. Der Beschäftigungsprozentsatz (1920 = 100) war Beginn März 91,5 gegen 90,7 im Vormonat und 87,0 Beginn März 1925.

**Norwegen:** Am 15. April betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen 24 645, davon 2308 Notstandsarbeiter. Am 15. März waren die entsprechenden Zahlen 26 393 und 6287, im April 1925 14 372 und 2567.

**Oesterreich:** Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen am 15. April 174 881. Hierzu kommen jedoch noch ungefähr 31 000 Arbeitslose, die keine Unterstützung erhalten. Mitte März wurden 207 959 unterstützte Arbeitslose gezählt, im März 1925 175 581.

**Polen:** Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen am 27. März 346 000 gegen 362 310 im Februar und 183 640 Ende März 1925.

**Russland:** Genaue Angaben über den Umfang der Arbeitslosigkeit in ganz Rußland liegen nicht vor. Aus einem Bericht im Gewerkschaftsorgan „Trud“ geht hervor, daß die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen in Moskau eingetragenen Arbeitslosen im 1. April 135 918 betrug, d. h. 31 713 mehr als am 1. März. Aus Leningrad wird gemeldet, daß die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder in den letzten 8 Monaten von 67 500 auf 79 500 gestiegen ist. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingeschriebenen Arbeitslosen ist zu gleicher Zeit von 54 500 auf 82 500 gestiegen. Da etwa 30 000 der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder nicht bei den Arbeitsnachweisen eingetragen sind, beträgt die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Leningrad über 100 000.

**Schweden:** Von den Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über die Arbeitslosigkeit berichten, waren Ende Februar 14,4 Proz. arbeitslos gegen 15,9 Proz. Ende Januar und 18,5 Proz. Ende Februar 1925. Nach den Angaben der amtlichen Arbeitslosenkommission hat sich die Zahl der eingetragenen hilfesuchenden Arbeitslosen im Februar um 2 Proz. vermindert und betrug Ende des Monats 23 000.

**Schweiz:** Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende Februar 18 138 gegen 20 525 im Vormonat und 11 834 Ende Februar 1925.

**Ungarn:** Ende Januar waren von 163 000 Gewerkschaftsmitgliedern 28 378 oder 17,4 Proz. arbeitslos gegen 26 711 oder 16,4 Proz. im Vormonat und 22 436 oder 13,6 Proz. Ende März 1925.

**Verenigte Staaten:** Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 9540 Unternehmen in 52 Industrien mit 2 952 163 beschäftigten Personen umfassenden Statistik zusammengefaßt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Februar um 1,1 Proz. zugenommen. 38 Industrien wiesen eine Zunahme von beschäftigten Arbeitern auf. Die Anzahl der Beschäftigten im Bergbau (1923 = 100) war im Februar 1926 94,3 gegen 93,2 im Vormonat und 91,6 im Februar 1925.

**Letztlich:** Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen der fünf größeren Städte eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende Januar 4990 gegen 5097 im Vormonat und 4314 Ende März 1925.

### Korrespondenzen.

**Hamburg.** Nachdem der Delegierte Süßberg in der Mitgliederversammlung am 21. April den Bericht vom Verbandstag gegeben und die Verlesung der Beschlüsse einverstanden erklärte, referierte in der Extratagesversammlung am 7. Mai der Vorsitzende Dregeffus über die Frage: Welche Lehren ziehen wir aus den Beschlüssen des Hamburger Verbandstages. — Redner führte aus: Dieser Verbandstag zeichne sich von seinem Vorgänger insbesondere dadurch aus, daß den führenden Anführern der Organisation bedeutend höhere Rechte eingeräumt seien als bisher. Besonders in verwaltungsmäßigen Fragen seien dem Hauptvorstand bedeutende Rechte eingeräumt, deren Notwendigkeit sich aus dem bisherigen Zustand ergeben habe. Vor allen Dingen sei in den Vordergrund gestellt, daß die Verbandsleitung sich auf den Boden der

Amsterdamer Internationale zu stellen habe und daß führende Kollegen, welche dieses Grundziel nicht anerkennen, nicht an verantwortungsvollen Stellen gehören. Hervorgehoben sei die Maßnahme aus den Vorgesängen, welche sich in der abgelaufenen Berichtsperiode in der Zusammenarbeit zwischen dem Hauptvorstand einerseits und dem Verbandsauschuß mit der Offenbacher Verwaltung andererseits abgespielt haben. Daß die sogenannte Opposition in Offenbach auch keinen feilen Untergrund mehr habe, gehe daraus hervor, daß die Offenbacher Delegation, welche diese Opposition repräsentiere, nur 2½ bis 3 Proz. ihrer Mitglieder als Wähler hinter sich habe, während unter den 38 Protesten aus Offenbach, welche von dieser Opposition in ihrer Eigenschaft als Verwaltung resp. Ausschuß in der Berichtsperiode sich gegen den Hauptvorstand richteten, auch ein Protest von Offenbacher Mitgliedern sich befände, welcher mit dreimal soviel Unterschriften sich über das Treiben dieser Opposition beim Hauptvorstand beschwert habe. — Dieses Treiben habe auch dazu geführt, daß der Ausschuß aufgehoben und an dessen Stelle ein Erweiterter Hauptvorstand gesetzt sei, deren Mitglieder, auf das ganze Verbandsgebiet verteilt, in den einzelnen Gauen durch Urwahl zu wählen sind. Als Vorstandsmitglieder können nur solche Mitglieder gewählt werden, welche mindestens 3 Jahre Mitglied sind und auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen. — In der Verlesungsfrage habe der Verbandstag sich auf den Boden der Beschlüsse des Dresdener Gewerkschaftscongresses gestellt und der Verbandsleitung zur Pflicht gemacht, keine Gelegenheit unversucht zu lassen, um diese Beschlüsse zu verwirklichen. Der Wille, unseren Verband zu einer Kampforganisation auszugestalten, sei auf dem Verbandstag besonders stark hervorgetreten. — In der Beitragsfrage sind bedeutende Erhöhungen vorgenommen. Der Grundlag „Ein Stundenlohn ein Beitrag“ sei überholt und bei den heutigen Zeitverhältnissen auch gar nicht mehr haltbar. Jetzt, nachdem die Beiträge in einem bestimmten Verhältnis zum Stundenverdienst gebracht seien, habe die Ortsverwaltung sich mit der Frage des Lokalbeitrags befaßt und schlage dieselbe der heutigen Versammlung vor, die alten Lokalbeiträge beizubehalten. Als Entgelt solle dafür außer dem Zuschuß zur Streikunterstützung der Beitrag für Unterhaltung beziehende Mitglieder aus der Lokalkasse bezahlt werden. Unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Verbandstages stellen sich damit die Beiträge ab 21. Beitragswoche (23. Mai) wie folgt:

Stundenverdienst	bis 25,	bis 35,	bis 55,	bis 70,	bis 90,	ab 90
Hauptkasse	25,	40,	60,	80,	100,	120
Lokalasse	5,	5,	10,	10,	15,	30
Gesamtbeitrag	30,	45,	70,	90,	115,	150

Im Auftrage der Ortsverwaltung empfahl Redner diese Beiträge zur Annahme. (Beifall.) In der Distriktsversammlung teilten sich die Kollegen Krenz, Köber (diese beiden Kollegen sind aus Offenbach) und Brand, welche sich auf den Standpunkt der Offenbacher Opposition stellten und sich auch gegen die Erhöhung der Beiträge aussprachen. Die Kollegen Kleinow und Witten empfahlen in der Frage des Lokalbeitrags niedrige Uebergangssätze, während die Kollegen Wülfert, Böhm, Silberbrand, Lohr, Bierchner, Niebmann, Meyn, Lange, Thamm und Müller sich im Sinne der Verbandsbeschlüsse und für die vorgeschlagenen Lokalbeiträge aussprachen. Die Beitragsvorlage wurde dann mit etwa 120 gegen 85 Stimmen angenommen. Als Kandidat für die Wahl des Vorkämpfers zum Hauptvorstand wurde Kollege Niebmann für Hamburg bestimmt. Die Wahl findet durch Urwahl in der Woche nach Pfingsten statt. Die bisherigen Gewerkschaften wurden einstimmig wiedergewählt. Ferner wurde auf Vorschlag der Ortsverwaltung beschlossen, den arbeitslosen Mitgliedern zu Pfingsten eine Sonderunterstützung von 3 Mk. den ausgefallenen Mitgliedern 5 Mk. aus der Lokalkasse auszugeben.

### Erklärung.

Wie aus dem Vernehmungsbericht aus Offenbach in Nr. 19 unserer Verbandszeitung hervorgeht, hat der Kollege Galm in seinem Bericht von einer Vergewaltigung der Offenbacher Delegation gesprochen, offenbar in der Absicht, von vornherein Stimmung gegen die Beschlüsse des Ver-

\*) Die Zuschläge sind vom Vorstand nicht genehmigt.

### Unvergänglichkeit.

Wenn sich im Frühling die milden Sonnenstrahlen auf die Erde ergießen, dann erwachen all die Blümlin und Gräser da draußen aus der Winterruhe. Trieb und Trieb legt sich an und bald herrscht wieder jene unvergängliche, wie sie das Menschenherz im vorigen Jahre empfand. So geht es Jahr für Jahr. Immer wieder kehrt der goldene Sonnenball seine Strahlen herab, doch sind die Blumen nicht stets die gleichen, die das Sonnenlicht empfangen. Sie ändern sich, wenn auch unmerklich. Nicht purpur hat der Sonne mildes Licht auf sie geschienen. Deber Strahl hat dazu beigetragen, im Bau der Pflanz Veränderungen hervorzuwirken. Nicht nur zum augenblicklichen Leben hat die Sonne ihr Licht gegeben. Sie hat durch Vererbung auch immer wieder zu einem neuen inneren Aufbau mitgewirkt. Wir vermögen das nur theoretisch festzustellen. Erst der Mensch der Zukunft wird die Veränderungen erkennen können, so wie wir erst an uns und unserer Umwelt zu sehen vermögen, wie die Sonne auf die Welt verändernd gewirkt hat, die vor Jahrhunderten gelebt.

Nach wie suchen im Leben, gleichen den Strahlen der Sonne. In unsere Nimmenschen einbringen und ihnen eingeben, was wir an Gemüt und Geist in uns bergen, und auch hierbei sehen wir oft die Wirkung nicht. Doch ist auch hier die Kraft, mit der wir auf die anderen einwirken, nicht verloren gegangen. Nach Jahren zeigt sich oft erst ihre Wirkung. Ein Sonnenstrahl genügt auch oft zur weiteren Entwicklung alles Seins. Die Strahlen der Jahre, Jahrhunderten und Jahrtausenden sind oft erforderlich. So müssen auch manche Menschen ein warmes Herz oft jahrelang fühlen, bis die Herzgewürme auf sie

gewirkt hat und sie zu guten und edlen Menschen werden. So müssen auch manche Menschen oft jahrelang Worte der Aufklärung hören, bis sie das werden, was mit den Aufklärungsperioden erstrebt wurde; innerlich unabhängig und frei. Bei vielen haben Gemüt und Geist ihre Wirkung schon bald erzielt; sie hat das Leben vergangener Jahre bereits reif dafür gemacht. Und wenn wir bei jenen anderen auch den augenblicklichen Erfolg nicht sehen, so bleibt er doch keineswegs gänzlich aus. Wir haben dazu beigetragen, sie reifer zu machen, bis die Arbeit derer, die nach uns kommen, endgültigen Erfolg bringt, wenn auch vielleicht nicht bei ihnen selbst, so doch bei ihren Kindern, die ihre innerliche Reife erleben. Wie das Licht der Sonne, so muß auch das Licht der Aufklärung und Liebe immer und immer wieder leuchten, wenn unsere Agitationsarbeit allumfassenden Erfolg haben soll. Und der ist dann auch unaussprechlich.

### Der Pfingstgeist der Pflicht.

Wieder ist es Pfingsten, das Fest der Natur und der Freude, „das liebliche Fest“. Es führt uns hinaus in das freie, Schwarm feil Wochen freuen sich die Menschen darauf. Welch gehen sie auch sonst Sonntags ins freie, diese und jene, viele. Aber Pfingsten gehen alle. Das ist das Fest des gemeinsamen Naturgenusses. Und wenn wir selber einmal einer Seele präsen, dann werden wir finden, daß dieses Gefühl gemeinamer Freude an Schönheit und Freiheit da draußen ein wesentliches Glied unserer Fester zu Pfingsten ist.

Und was ist uns im Grunde diese gemeinsame Freude an all diesem Schönen und Jungen der neu erpochten Natur? Diese gemeinsame Freude an Natur ist der Subel

einer für Augenblicke befreiten Seele. Einseitig hat das Leben den Menschen tagtäglich gezwungen. Sein ganzes Denken und Denken wird einseitig im Banne gehalten vom rohen, niederen Pflichtbegriff. Arbeit und Arbeit und Arbeit und nochmals Arbeit! Das ist der Pflichtruf unserer Zeit. Aber „Mensch!“ ruft's in unserem Inneren. Sei Mensch! Daß dich nicht verümmeln, du freies Wesen! Daß dich nicht erfarrten und ertöten, du lebendiger, warmer, fühlender, sehender Mensch! Daß deinem inneren Zwange gemäß zur Freiheit und Schönheit und Liebe! Dann erfüllt du den höchsten Pflichtbegriff.

Und das ist das Köstliche des Pfingstfestes, daß er uns das Hohe und Herrliche dieses Pflichtbegriffes, der Mensch bedeutet, so freudig und gemeinsam erleben läßt. Auch euch, ihr Bögeln, gegenüber haben wir Pflichten, und auch euch, ihr Blümlin, gegenüber, die ihr da so liebend hinausschaut zum Licht.

Wohl ist die Arbeit der Kernpunkt, um den sich das Dasein dreht, doch der Mensch ist das Höhere, dieses innerlich Reine, Freie, diese Fülle von Liebe, die eigentlich Mensch bedeutet. Das ist Pflicht, was diesem Großen und Schönen und Edlen, diesem einmal Kommanden gilt.

Daß uns den Pflichtbegriff am Pfingstfest doch so recht in seiner ganzen fittlichen, heiligen Tiefe abzurufen ist umfassende Verbundenheit. Ist Dienst an allem, und aus allem heraus dann auch selber an dir.

Und daß auch Arbeit einmal diese Seele bekomme, dazu soll uns dann mit neuer Kraft bereit finden der neue Alltag und die weitere Zeit des Kampfes.

Dr. Gustav Hoffmann

bandstages unter den Offenbacher Mitgliedern hervor-  
 rufen. Da ich mehr als 3 Tage die Verhandlungen des  
 Verbandstages geleitet habe, würde der Vorwurf der Ver-  
 gewaltigung in erster Linie mich treffen. Ich bemerke  
 hierzu, obgleich allen Delegierten auf Beschluß des Ver-  
 bandstages in der Diskussion nur ¼ Stunde Redezeit zu-  
 stand, ist dem Kollegen Galm als erstem Redner ¼ Stunde  
 zugebilligt worden, welche auch nach ein paar Minuten  
 überschritten wurde. Bei den späteren Reden Galm ist  
 die Redezeit von ihm immer überschritten, obgleich beim  
 Ablauf der Redezeit jedesmal ein Zeichen gegeben wurde.  
 Nachdem sich dann wiederholt mehrere Delegierte bei mir  
 beschwerten, daß ich Galm nicht pünktlich genug das Wort  
 entziehe, habe ich dem Kollegen Galm am letzten Verhand-  
 lungstag die Frage gestellt, ob denn seine dauernde Ueber-  
 schreitung der Redezeit ein Dauerzustand auf dem Ver-  
 bandstag bleiben soll. Das ganze Verhalten Galm's ließ  
 sehr oft erkennen, daß er offenbar erstreben wollte, daß  
 ihm das Wort entzogen würde. Dieses Ziel zu erreichen,  
 damit er als Rartärer Hamburg verlassen könnte, habe  
 ich ihm in bestimmter Absicht nicht gegönnt und habe dieses  
 auch den Kollegen gegenüber zum Ausdruck gebracht, welche  
 sich über das Verhalten Galm's beschwerten. Selbst der  
 Ausschussvorsitzende, Kollege Antermann, ist mit der vor-  
 geschriebenen Redezeit ausgetreten, obgleich diesem un-  
 beschränkte Redezeit zustand. Fast die Hälfte aller Reden  
 stammen von der Offenbacher Delegation, ein Beweis, daß  
 der Vorwurf der Vergewaltigung völlig daneben ge-  
 halten ist.  
 Sebastian Dregelius.

Stellm. Versammlung vom 23. April. Den Bericht  
 vom Verbandstag erhaltete Kollege Krauche. Er ver-  
 breitete sich über die Auseinandersetzung zwischen Vor-  
 stand und Offenbach. Aus dem Referat von Spießel sei  
 Beachtenswertes zu entnehmen, so bezüglich der Unter-  
 nehmerkraft, durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit  
 die Wirtschaft zu befehen. Die Arbeiterkraft ist jedoch der  
 Meinung, daß dies nur durch hohe Löhne und kurze  
 Arbeitszeit erreicht werden kann. Das Schlichtungswesen  
 muß geändert werden, Tarifverträge müssen durch freie  
 Vereinbarung zustande kommen. Zur Diskussion der An-  
 träge war nur eine Redezeit von fünf Minuten gestattet.  
 Ein großer Teil der Delegierten habe nicht gewußt, wofür  
 sie stimmten. In der Aussprache war man der Ansicht,  
 daß wie in der Spitze einen Beitrag von 1 Mk. erheben.  
 Folgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen:  
 „Die Versammlung ist nach dem Bericht vom Ver-  
 bandstages mit der Haltung und dem Beschluß einver-  
 standen. Die Beschlüsse des Verbandstages bezüglich Bei-  
 träge und Unterstützungsfrage sind nicht befriedigend. Wegen  
 der Zusammenziehung und der Bejagung des Vorstandes  
 hat die Versammlung das größte Mißtrauen. Die Haltung  
 des Vertreters des Bundesvorstandes in Bezug auf den  
 Vertrieb religiöser Schriften ruft lebhaftes Verwundern  
 hervor.“  
 Th. Sappan.

Jetz. Die Versammlung am 7. Mai war vom rechten  
 Geist befeht. Der Bericht des Gauleiters Buch vom  
 Hamburger Verbandstag wurde mit regem Interesse auf-  
 genommen. Die Debatte bewies, daß die Versammelten  
 mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden sind.  
 Nur der Kollege Küger (F.P.) übte Kritik an dem  
 Beschluß, wonach der Ausschluß von Ebert und Wels als  
 ungeschehen betrachtet wird. Die von ihm eingebrachte  
 Protestresolution wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.  
 Dann wurde beschlossen, zu den neuen Beiträgen einen  
 Vorkaufschlag für männliche Mitglieder von 10 Pf., für  
 weibliche von 5 Pf. zu erheben. Als Kandidat für den  
 erweiterten Vorstand wurde Kollege Emil Benz aufgestellt.  
 In der nächsten Versammlung wird ein Vortrag über  
 Arbeiterbewegung und weltliche Schule gehalten. Dem  
 erkrankten Kollegen Lindner wird eine Unterstützung von  
 20 Mk. aus der Kassa gewährt. Die Kollegen Buch  
 und Benz erlangen von reiflicher Bezahlung der Extrabeiträge  
 und die rege Agitation für den Besuch der nächsten Ver-  
 sammlung. Dann wurde die gut besuchte, harmonisch ver-  
 laufene Versammlung geschlossen.  
 E. Benz.

**Lohnbewegungen und Streiks.**

Dessen. Trotzdem wir am Ort viele Arbeitslose haben,  
 sucht eine Firma Otto Wehler tüchtige Polsterer in der  
 „Deutschen Tapezierer Zeitung“. Es bietet aber einen  
 Lohn, der 20 Proz. geringer ist als der ortsübliche. Es  
 latin nicht oft genug daran erinnert werden, daß die  
 Kollegen in eigenem Interesse sich erst bei der Ortsver-  
 waltung erkundigen, bevor sie Arbeit in einer anderen  
 Stadt annehmen. Hilft euch vor Schaden und tragt nicht  
 dazu bei, die Löhne herabzubrüden.

Bremen. In Bremen wird versucht, die Löhne der  
 Einkassierer herabzubrüden. Der Junge wird gemauert.

**Rundschau.**

Erdichtung der Ausschließung für Gesundheitswesen und  
 Gesundheitspflege in Düsseldorf. Unter dem Sammelwort  
 „Gesundheit“ ist in Düsseldorf am 8. Mai eine Ausschließung er-  
 flossen worden, die bemerken soll, was täger zum Schutze  
 von Gesundheit und Leben des Volkes wissenschaftlich und  
 praktisch geschaffen wurde. Die Stadt Düsseldorf hat diesen  
 Antrag zur Erbauung eines sogenannten Ehrenhofes, der  
 einen mächtigen Kuppelbau umgibt, benutzt. Dieser  
 Ruppelbau soll ein Planetarium aufnehmen, er soll  
 5000 Menschen. Die erste Abteilung, Gesundheitspflege,  
 bezieht die auf der Dresdener Hygieneausstellung geeigneten  
 Objekte der Mensch zur Schau und alles, was mit dem  
 menschlichen Körper in Zusammenhang steht. Die Kran-  
 kenheilung, Heilung, Verjüngung, Medizinalewesen,  
 Ernährung, Kleidung, Wohnung. Auch die Leistungen der  
 Gesundheitspflege auf sozialem und gesundheitslichem Gebiet  
 sind durch umfangreiches Material veranschaulicht. Ferner  
 sind perirenen Vorträge, Flug, Rettungswesen, Sport-  
 und Heilbesuche. Es fehlt auch nicht an Vergnügungs-  
 plätzen und an Erfrischungsmöglichkeiten, die nun einmal  
 nicht fehlen dürfen.

**Zentral-Kranken- und Begräbnisstaffe der  
 Buchbinder u. verw. Gewerkschaften.**

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit die für  
 das Jahr 1925 fällig gewesene und auf das Jahr 1926  
 verlagte

ordentliche Generalversammlung  
 zu Montag, den 23. August, und Dienstag, den 24. August,  
 nach dem Restaurant „Zum Mönchberg“, Mönchberg-  
 straße 42, in Cassel, ein. Eröffnung: Vormittags 9 Uhr.

- Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
  2. Bericht des Aufsichtsrats.
  3. Prüfung und Befestigung der Jahresrechnungen 1922  
 bis 1925.
  4. Beschlußfassung über die seit dem Staatsstuden der  
 letzten ordentlichen Generalversammlung gemäß § 21  
 Abs. 4 der Satzung vorgenommenen Satzungs-  
 änderungen.
  5. Beratung und Beschlußfassung über die Anträge zur  
 Satzung.
  6. Entlassung der Beamtengehälter.
  7. Entlassung und Wahl des Vorstandes, des Aufsicht-  
 rats und deren Ersatzmänner.
  8. Wahl des Revisionsausschusses zur Prüfung der  
 Jahresrechnungen.
  9. Verschiedenes.

Anträge, die auf die Tagesordnung der Generalver-  
 sammlung kommen sollen, müssen dem Vorstand mindestens  
 acht Wochen vor der Generalversammlung schriftlich mit-  
 geteilt werden (§ 22 Abs. 3 der Satzung). Demnach  
 sind solche Anträge bis spätestens zum  
 26. Juni an uns einzusenden. Jeder Antrag  
 ist auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben, das nur  
 auf einer Seite beschrieben werden darf.

Die Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung  
 muß nach § 22 Abs. 4 der Satzung vier Wochen vor  
 derselben stattfinden. Als Wahltag haben wir  
 den 23. und 24. Juli festgelegt.

Die Ortsverwaltungen haben demnach die Pflicht, je  
 nach den örtlichen Verhältnissen an einem dieser Tage  
 Hauptversammlungen zum Zwecke der Wahl einzuberufen.  
 Verwaltungen, deren Versammlungsanzeigen im  
 Kassenzettel veröffentlicht werden sollen, müssen uns dies  
 bis spätestens zum 1. Juli mitteilen.

Die Wahl der Abgeordneten findet in Wahlabteilungen  
 statt. Die Einteilung derselben ist vom Vorstand im Ein-  
 vernehmen mit dem Kassafaktor unter Berücksichtigung der  
 am Schluß des Jahres 1925 in den Verwaltungen  
 vorhandenen gewählten Mitglieder wie folgt vorgenommen  
 worden:

1. Wkt. (Leipzig) 7 Abgeordnete.
2. „ (Berlin) 4 Abgeordnete.
3. „ (Offenbach-Bürgel) 3 Abgeordnete.
4. „ (Stuttgari) 2 Abgeordnete.
5. „ (Biele) 2 Abgeordnete.
6. „ (Hannover, Hildesheim, Neuruppin, Win-  
 den) 2 Abgeordnete.
7. „ (Dortmund, Neu-Isenburg, Groß-  
 Steinheim, Klein-Steinheim, Hainhausen) 2 Ab-  
 geordnete.
8. „ (Haußen) 1 Abgeordneter.
9. „ (München) 1 Abgeordneter.
10. „ (Breslau) 1 Abgeordneter.
11. „ (Mühlheim) 1 Abgeordneter.
12. „ (Dresden) 1 Abgeordneter.
13. „ (Salle, Arnstadt, Erfurt, Spitz, Weimar,  
 Mühlentberg) 1 Abgeordneter.
14. „ (Düsseldorf, Barmen, Eberfeld, Dulsburg,  
 Solingen) 1 Abgeordneter.
15. „ (Hildbronn, Ehingen, Reutlingen, Ulm)  
 1 Abgeordneter.
16. „ (Hamburg, Bremen, Kiel, Lübeck, Steinh,  
 Rönigsberg) 1 Abgeordneter.
17. „ (Essen, Bonn, Köln, Münster) 1 Abgeord-  
 neter.
18. „ (Frankfurt, Wiesbaden) 1 Abgeordneter.
19. „ (Annaberg, Schleiz, Freiberg, Schma)  
 1 Abgeordneter.
20. „ (Hagen, Bielefeld, Dortmund, Dülmen, Her-  
 lach) 1 Abgeordneter.
21. „ (Kassel, Kaden, Düren, W.-Glödbach,  
 Lier) 1 Abgeordneter.
22. „ (Friedrichshelm, Bischofsheim, Hanau) 1 Ab-  
 geordneter.
23. „ (Hilberberg, Augsburg) 1 Abgeordneter.
24. „ (Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim) 1 Ab-  
 geordneter.
25. „ (Berg, Rumpenheim) 1 Abgeordneter.
26. „ (Magdeburg, Braunschweig, Halberstadt)  
 1 Abgeordneter.
27. „ (Chemnitz, Bries, Glogau) 1 Abgeordneter.
28. „ (Münster, Mainz) 1 Abgeordneter.
29. „ (Sachsenheim, Weistichen, Wimmerpfel)  
 1 Abgeordneter.
30. „ (Eisenberg, Altenburg, Gera, Götting,  
 Heil) 1 Abgeordneter.
31. „ (Halle, Grünhald, Randeil, Ströpscholdanden)  
 1 Abgeordneter.
32. „ (Freiburg, Konstanz) 1 Abgeordneter.
33. „ (Cassel, Fürth, Darmstadt) 1 Abgeordneter.
34. „ (Erlangen, Regensburg) 1 Abgeordneter.
35. „ (Eingelmitglieder) 1 Abgeordneter.

Die einseßenden Mitglieder werden hierdurch auf-  
 gefordert, Vorschläge zu Kandidaten mit genauer Adresse  
 und der Mitgliedsnummer des Vorschlagenden bis  
 spätestens den 25. Juni an uns einzusenden.  
 Für die aus mehreren Verwaltungen zusammen-  
 gesetzten Wahlkreise gilt der zuerst bezeichnete und gesperrt  
 gedruckte Ort als Vorort. Derselbe hat die Pflicht, eine  
 Bescheidigung über die Kandidatenliste anzubringen und  
 alle in den Verwaltungen gemachten Vorschläge zu  
 kommunizieren, alphabetisch zu ordnen, zu verifizieren  
 und sie den zu seiner Wahlabteilung gehörigen Verwal-  
 tungenstellen in der Weise der dort vorhandenen Mit-  
 gliederzahl mitzuteilen. Diese Vorschlagslisten haben gleich-  
 zeitig als Stimmzettel zu gelten. Ein Sonderrecht des

Vorortes besteht nicht. Die entstehenden Unkosten für  
 Berufsfähigkeiten usw. werden von der Hauptkassa ge-  
 tragen. Für besondere Wahltagstation, die ohne Mit-  
 teilung des Vorortes etwa in die Wege geleitet wird,  
 haben die Verwaltungen selber aufzukommen.  
 Leipzig, den 22. Mai 1926.

Der Vorstand der Kasse.  
 Georg Jinte, Vorsitzender. H. Schröder, Kassierer.

**Verbandsnachrichten.**  
 (Bekanntmachungen des Vorstandes und der Orts-  
 verwaltungen.)

Vom 16. bis 22. Mai ist der 20. Beitrags-  
 fällig.

Ohne Pflichten keine Rechte!  
 Pünktliche Beitragszahlung ist jetzt doppelt Pflicht!

**Bekanntmachung des Hauptvorstandes.**

Die neuen Beiträge treten mit der 21. Woche (23. Mai)  
 in Kraft. Die Ortsverwaltungen haben dafür Sorge zu  
 tragen, daß jedes Mitglied entsprechend seines Stamben-  
 verdienstes die vorgeschriebene Beitragskategorie bezahlt. Für  
 die Einklassifizierung ist nur die Höhe des Hauptbeitrages  
 maßgebend. Die alten Marken bleiben bis 30. Juni am  
 Ort und können die rückständigen Beiträge bis einschließlich  
 29. Woche noch mit denselben bezahlt werden. Ab 1. Juli  
 müssen die rückständigen Beiträge bis 20. Woche mit neuen  
 Beiträgen beglichen werden.

Für die Erwerblosenmarkte, die bisher unentgeltlich  
 abgegeben wurde, ist ein Anerkennungsbeitrag von 5 Pf.  
 zu zahlen. Die schwarze Erwerblosenmarkte gilt also nun  
 bis einschließlich 20. Woche, ab 21. Woche muß die schwarze  
 Erwerblosenmarkte verwendet werden.

Diese Marken müssen auch die Ganzjahresmarkten haben.  
 Die Bücher der Anwalten sind sämtlich nach der Hauptver-  
 waltung einzuliefern, damit die Höhe der ihnen zustehenden  
 Beerdigungsbeiträge eingetragen werden kann.

Die neuen Unterstützungsfrage kommen zur  
 Zahlung, wenn ab 21. Woche, 26 neue Beiträge eingeleitet  
 sind, also frühestens am 22. November. Bevor 26 neue  
 Beiträge eingeleitet sind, gelten in Unterstützungsfragen  
 Bestimmungen und Höhe des Nachtrags 1 vom 1. Juli  
 1924. Erst beim Bezuge der neuen Unterstützungsfrage  
 müssen während der Bezugszeit Beiträge eingeleitet werden.

Ab der 21. Woche treten noch folgende Bestimmungen  
 in Kraft: Von der Kassenzeit sind befreit diejenigen Mit-  
 glieder, welche in den letzten zwei Wochen vor der Arbeits-  
 losigkeit zusammen nicht mehr als 48 Stunden gearbeitet  
 haben.

Ergenanntes Aussehen ist gleichfalls als Arbeitslosig-  
 keit zu betrachten, wenn innerhalb zwei aufeinanderfolgender  
 Wochen mindestens sieben Arbeitstage nicht gearbeitet  
 wurde.

**Der Hauptvorstand.**

**Achtung! Betrifft neue Berichtskarten über Arbeits-  
 losigkeit und Kurzarbeit.**

Das Bedürfnis, die Erfassung der Arbeitslosigkeit  
 und Kurzarbeit auf die einzelnen Branchen auszu-  
 dehnen, veranlaßt den Hauptvorstand ab Monat Juli  
 andere Berichtskarten einzuführen, in denen besonders  
 Rubriken für Lederwarenhersteller, Tapezierer, Tape-  
 zierbranche und Drechselmaschinenhersteller vorge-  
 sehen sind. Die übrigen kleineren Branchen sind unter der Rubrik  
 „Sonstige Branchen“ aufzuführen. Wir ersuchen die  
 Verwaltungenstellen sich im Interesse einer genaueren  
 Erfassung des derzeitigen Standes des Arbeitslosig-  
 marktes, der dadurch entstehenden Mehrarbeit zu  
 unterziehen und die genau ausgefüllten Karten bis  
 spätestens zum 5. Juni an uns einzusenden. Sch-  
 luss für Mai ist Sonnabend, der 28. Mai. Auch die  
 Orte, an denen zurzeit Arbeitslosigkeit und Kur-  
 zarbeit nicht vorhanden ist, müssen die ausgefüllte  
 Karte einsenden. Bei der Frage: 3 „Kurzarbeiter“  
 zu beachten, daß die Fragestellung lautet: „Was ist die  
 wöchentliche Arbeitszeit verkürzt um 1 bis  
 8 Stunden, 9 bis 16 Stunden usw.“. Es kommt  
 immer wieder vor, daß Orte, die zum Beitrags-  
 36 Stunden pro Woche arbeiten, das unter  
 Rubrik — 25 und mehr Stunden verkürzt —  
 tragen. Wir bitten darum, das für die Zukunft zu  
 beachten. Die bisher verwendeten Berichtskarten  
 sind zu vernichten. Wir bitten nochmals dringend  
 darum, die neuen Karten genau auszufüllen und  
 pünktlich einzusenden, damit zeit- und ortsbekannt  
 Rückfragen und Mahnungen vermieden werden  
 können.

Berlin. Am 29. Januar konnten die Portefeuller  
 Oswald Rauegold, Otto Kretz und Walter  
 Schmidt auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit  
 zurückblicken.

Kiel. Montag, den 31. Mai, abends 7½ Uhr, Ver-  
 gliederungsverammlung im Gemeindefaßhaus. Die Kollegen  
 werden gemeten, bis dahin in den einzelnen Verwaltungen  
 die Vertrauensleute zu wählen und in der Verwaltungen  
 bekanntzugeben. Sämtliche erwerblosen Kollegen haben  
 sich dort zur Kontrolle zu melden. Sprechstunde  
 Kassierer Dienstag und Donnerstag von 6 bis 8 Uhr  
 abends.

**Sterbefaßel.**

Spanden. Am 10. April verfiel der Kollege  
 Christoph Bröckel  
 Ehre seinem Andenken!